

Pressemeldung

zur Gründung der Landesarmutskonferenz in Rheinland-Pfalz am 7. Oktober 2010

Wenn die Armut wächst, müssen auch die Kräfte zu ihrer Bekämpfung wachsen!

Am 7. Oktober 2010 wurde eine Landesarmutskonferenz für Rheinland-Pfalz gegründet. Armut in einem Sozialstaat und einem reichen Land und die Spaltung in Arme und Reiche ist ein gesellschaftliches Problem und ein nicht hinnehmbarer Skandal. Die Landesarmutskonferenz will Öffentlichkeit herstellen und mit Betroffenen und Verbänden gemeinsam Strategien entwickeln, die dieser Entwicklung Widerstand entgegen setzen. Die Gründungsversammlung hat Herrn Prof. Dr. Gerhard Trabert (Verein „Armut und Gesundheit“) und Herrn Prof. Dr. Franz Segbers (LIGA der Freien Wohlfahrtspflege) zu den Sprechern der Landesarmutskonferenz gewählt.

Die Landesarmutskonferenz besteht derzeit aus 24 landesweiten Organisationen, der die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Gewerkschaften, Wissenschaftler, Kirchen (Gaststatus), Verbände, Interessenorganisationen und Selbsthilfeinitiativen angehören.


Die Landesarmutskonferenz hat bei ihrer Gründung gegen die von der Bundesregierung vorgelegte Reform von „Hartz IV“ protestiert. Von „Hartz IV“ kann man nicht leben. Die neuen Regelsätze in Höhe von 364 Euro werden nicht den Erwartungen gerecht, die mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts verbunden waren.

Die Regelsätze nach „Hartz IV“ für Erwachsene und Kinder reichen nicht aus, um am gesellschaftlichen Leben wirklich teilzuhaben. „Hartz IV“ grenzt Menschen langfristig aus. Ausländerinnen und Ausländer mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus erhalten Leistungen, die noch unter diesem Niveau liegen.

Die derzeitige Gesundheitsversorgung ist für von Armut betroffene Menschen völlig unzureichend. Die derzeitigen Konzepte zur Gesundheitsreform zerstören das auf Solidarität angelegte Gesundheitssystem. Die immer wieder aufgeführten scheinbaren Härtefallmaßnahmen und finanziellen Entlastungen für von Armut betroffene Menschen sind völlig ungeeignet und gehen an der praktischen Lebensrealität der Menschen vorbei.

Anschrift

Bauerngasse 7
55116 Mainz

 0 61 31 / 22 46 08
FAX 0 61 31 / 22 97 24
e-mail i.welsch@liga-rlp.de

Bank

Bank für Sozialwirtschaft Mainz
BLZ 550 205 00 Kto. 8603000

Die geforderten Zuzahlungen sind für von Armut betroffene Menschen nicht finanzierbar. Bei der Regelsatzberechnung des Arbeitslosengeldes II und der Gesundheitsreform müssen die für gesellschaftliche Teilhabe unbedingt notwendigen Hilfsmittel und medizinischen Maßnahmen berücksichtigt werden.

Die Gründungsteilnehmerinnen und –teilnehmer der Landesarmutskonferenz fordern auf der Basis der Gründungserklärung:

- einen bedarfsdeckenden Regelsatz, der vor Armut schützt und ein soziokulturelles Existenzminimum sichert;
- die geplante Gesundheitsreform abzulehnen und fordern die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin auf, dem Reformvorschlag im Bundesrat nicht zuzustimmen;
- die rheinland-pfälzische Landesregierung soll dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch im Bundesrat ihre Zustimmung verweigern
- die rheinland-pfälzische Landesregierung soll sich auf Bundesebene weiterhin für einen gesetzlichen Mindestlohn einsetzen.

Für Rückfragen steht gerne zur Verfügung:

Geschäftsstelle der Landesarmutskonferenz

c/o LIGA-Geschäftsstelle

Bauerngasse 7

55116 Mainz

Tel. 06131/224608

E-Mail: g.salz@liga-rlp.de